

# Die Leipziger Zeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 430 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

**Bezugspreis:** für Halle und Dessau monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50, halbjährlich Mk. 8,00, jährlich Mk. 15,00. **Morgen-Ausgabe** Dienstag, 2. September. **Anzeigenpreis:** Die 1. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 20 ct. Die 2. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 15 ct. Die 3. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 10 ct. Die 4. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 5 ct. Die 5. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 5 ct. Die 6. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 5 ct. Die 7. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 5 ct. Die 8. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 5 ct. Die 9. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 5 ct. Die 10. Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 5 ct.

## Neueste Tagesnachrichten

- \* Die Regierung wird in der nächsten Zeit die Demokraten zum Eintritt in die Regierung auffordern, doch nimmt man an, daß diese erst nach einer Zeit des Jögens das Anerbieten annehmen werden.
- \* Der Abtransport der Kriegsgefangenen soll am 20. September beginnen.
- \* In Ober-Sachsen sind in einige neue Streitkräfte einzuweichen.
- \* Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Portugal soll am 2. Dezember beginnen. Der Senat von Portugal hat die Auffassung des Parlaments befolgt.
- \* Die amerikanische Regierung hat der britischen Regierung mitgeteilt, daß sie mit dem englisch-persischen Vertrag durchaus nicht einverstanden sei.
- \* Aus Amerika wird von einem Handelsabkommen zwischen Italien, England, Frankreich und Deutschland berichtet.
- \* In Mailand wurden zwei Bombenattentate verübt.

## Und sie zieht sich noch ein Weildchen ...

Die Demokraten vor dem Eintritt in die Regierung. (Von unserem h. Sonderberichterstatter.) Berlin, 1. September. Die seit mehreren Tagen in einigen Kreisen kursierenden Nachrichten, von der Umbildung der Reichsregierung, sind, wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, gänzlich verfehlt. Das von der Reichsregierung ein Eintritt der Demokraten in die Regierung erzwungen wird, ist schon seit längerer Zeit bekannt. Man hält es deshalb auch in maßgebenden Kreisen für selbstverständlich, daß der Reichsministerpräsident im Namen der Regierung demnach eine direkte Anfrage an die demokratische Partei in diesem Sinne richten wird. Man nimmt jedoch an, daß die Demokraten das Angebot nicht sofort annehmen werden, sondern möglichst lang in die Länge ziehen und den Wert ihres Eintrittes zu erhöhen. Ein Eintritt der Unabhängigen in die Regierung wird von maßgebenden Kreisen als ganz unmöglich erklärt. Sogar ist ebenfalls die Frage der Umgestaltung des Kabinetts nicht Gegenstand der Beratung innerhalb der Reichsregierung. Das kann auch schon aus rein technischen Gründen nicht der Fall sein, da sich zahlreiche Reichsminister auf Urlaub befinden.

## Die Kohlenlieferung an die Entente

Die letzten entscheidenden Verhandlungen in Versailles. Versailles, 1. September. Die seit Wochen in Versailles geführten Verhandlungen über die Kohlenlieferungen an die Entente zu liefern den Parteien ist jetzt in einem gewissen Maßgrade gelungen. Bekanntlich ist Deutschland nach dem Verlust der Friedensbedingungen zu Kohlenlieferungen bis zu etwa 15 Millionen Tonnen im ersten Jahre verpflichtet. Aus Anlaß der Verhandlungen an die deutsche Seite kommt heraus, daß bei den ausländischen Wirtschaften und Kreisläufen in Deutschland, die im Winter zu einer so wichtigen Kohlenlieferung führen müßte, eine Lieferung in diesem Umfange zu den verhängnisvollsten Folgen führen würde, so daß nach dem jetzigen Stande der Förderung Deutschlands überhaupt nicht in der Lage sei, Kohlen in irgendeiner nennenswerten Menge auszuführen. Die Gegenpartei hat dann unter der Voraussetzung, daß mit den Kohlenlieferungen sofort, nicht wie im Friedensvertrage vorgeschrieben, 20 Tage nach besten Umständen begonnen werde, ihre Forderungen um 50 auf 20 Millionen Tonnen jährlich ermäßigt. Die deutschen Unterhändler behaupten demgegenüber immer wieder, daß, selbst wenn mit den Kohlenlieferungen gleich begonnen würde, durchaus keine Sicherheit dafür bestehe, daß in den kritischen Zeiten des kommenden Winter die verlangten Lieferungen aufrechterhalten seien. Es müßte aber unter allen Umständen die Möglichkeit bestehen, die Kohlenlieferungen zu leisten, die einer Jahresförderung von 20 Millionen Tonnen entsprechen. Diese die Gesamtförderung Deutschlands über die gegenwärtige Jahresförderung von etwa 108 Millionen Tonnen hinaus zu erhöhen, ist für Deutschland bis zu 128 Millionen Tonnen im ersten Jahre bis zu 150 Prozent zu liefern, bis herab zu 100 Prozent in den Friedensbedingungen vorgesehenen Möglichkeiten erledigt ist. Falls die Gesamtförderung unter 108 Millionen Tonnen, so wird die Entente die jeweilige

## Sachlage nach anderen Deutschlands prüfen und ihr Rechnung tragen.

Diese Grundlage soll jedoch nur dann Geltung haben, wenn Deutschland mit den Kohlenlieferungen sofort beginnt. Trotz der außerordentlich schweren Besenken, die dem Reichsamt aus gegen die Förderung der Entente mit Rücksicht auf unsere Wirtschaftslage bestehen, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, schon jetzt mit den Lieferungen zu beginnen. Sie hat sich hierzu im Vertrauen darauf verstanden, daß die Entente nicht auf den Lieferungen in der verlangten Höhe bestehen wird, noch nachweislich die Wirtschaftslage Deutschlands dadurch erschüttert werden würde. Im gegenwärtigen Augenblick war eine andere Lösung der schwierigen Frage nicht zu erwarten. Desweiteren wird deshalb an die Entente aller Beteiligten, insbesondere auch der Arbeiter in den Bergwerken und bei den Eisenbahnen, abverlangt, daß sie alles tun, was in ihren Kräften liegt, damit durch eine Erhöhung der Förderungsleistung auch durch rasche Produktion von Kohlenlieferungsmiteln und die Möglichkeit gegeben wird, der Entente den Beweis zu liefern, daß das deutsche Volk den ersten Willen hat, den Friedensvertrag loyal durchzuführen. Auf der anderen Seite aber darf Deutschland erwarten, daß die Entente die Bedeutung unseres Engagements in der Abfertigung nach Schluß der Verhandlungen im Laufe der ferneren Verhandlungen in Versailles den berechtigten finanziellen und wirtschaftlichen Wünschen Deutschlands Rechnung tragen wird.

Die schwere Transportfrage, unter der Frankreich leidet, und die die Abfertigung der Kohlenlieferungen in Coarbiere, unmöglich macht, ist jetzt die Franzosen aufgebracht. Die französische Abtransportkommission hat daher auf den Entente die gesamte Kohlenlieferung zu übernehmen, bis jeder faulen und abfahren kann, der dazu will. General Blandin hat gegenüber der deutschen Regierung seine Stellung wesentlich geändert. Blandin erklärte er, es läge ihm fern, den Arbeitern aufzugeben. Die Besondere erbot sich wieder ihre Kohlenlieferung von 120 Zentner für den Monat zum Preis von 40 Pf. den Zentner, und diese Kohlenlieferung werden seit heute um 1 Zentner erhöht. Demgegenüber ist auch, daß die Kohlenlieferungen auf den Entente nicht französische Aufsicht unterstellt, sondern weiterhin der Oberbergschicht in Bonn unterstellt werden.

## Die Heimführung der Gefangenen

Eigene Drahtmeldung der „S.“ Beginn des Abtransportes am 20. September. Paris, 1. September. „Reit Journal“ berichtet: Laut Befehl des Rates der Alliierten hat der Abtransport der Kriegsgefangenen am 20. September zu beginnen. Man glaubt, daß der Abtransport nach Deutschland bis zum 30. November abgeschlossen sein wird. „Daily Mail“ meldet: In England warten über 100 000 deutsche Kriegsgefangene auf die sofortige Heimführung. Für das französische Aufnahmehaus sind 32 000 deutsche Kriegsgefangene aus England abgeholt worden.

## Liman von Sanders vor Gericht?

Amsterdam, 1. September. Englische Blätter melden, General Liman von Sanders werde sich wegen der Armenter- und Sier-Massaker verantworten müssen.

## Ein Handelsabkommen mit drei Alliierten?

Eigene Drahtmeldung der „S.“ Paris, 1. September. Ein Sonderbericht der „New York Tribune“ meldet von einem Abkommen zwischen Italien, England und Frankreich mit Deutschland, wonach letzteres alle seine Kohlen- und Textilfabrikate nur aus diesen drei Ländern beziehen dürfe. Der Korrespondent bemerkt, daß, wenn dieses offizielle Abkommen zwischen den Völkern Americas bezeugen würde, in dem Vereinigten Staaten bekannt sei, das größte Aufsehen erregen müßte.

## Die Ludwigshafener Forderung

Mannheim, 8. September. Die Franzosen haben auf die Forderung der Betreuungs-männer-Vereinigung in Ludwigshafen über den 17. September keine Notiz gegeben. Unter den letzten sollte heute im Laufe des Tages noch entschieden werden. Die Arbeit wurde zum größten Teile wieder aufgenommen. Eine aus sechs Mann bestehende Vorordnung besagt, daß die Arbeiter-Schlichter und verleihten die Arbeit. Die Erfüllung der aufgestellten Forderungen. Sollte die Arbeit wieder ermöglicht werden. Unter die Entschädigungsansprüche der Hinterbliebenen der Getöteten und der Verwundeten wird noch verhandelt. Unter der Voraussetzung ist wieder etwas mehr Ruhe eingetreten. Die Truppen sind in ihre Quartiere zurückgezogen worden. Heute mittig wird bei der Beerdigung des geübten Soldatenversterben eine große Demonstration erwartet. Die Wirksamkeit, in denen die Anhänger der „freien Welt“ bestehen, sind beständig. Lausanne, 1. September. Die Bewegung in der Rheinpfalz über die langsam durchgeführten Vorfälle in Ludwigshafen ist ungewisser geworden. In

viele Orten fanden Protestdemonstrationen der Arbeiter und Bürger statt. Die Franzosen halten in sämtlichen Garnisonen für die Wälder alarmbereit. Die französischen Soldaten bringen aus kleine Wälder, unter anderem, daß die Wälder in der Pfalz große Veränderungen erleiden, daß auf Wälder in Ludwigshafen zurückzuführen seien. Die französischen Behörden hatten in einzelnen Städten angeordnet, daß auf die Straße keine Zusammenkünfte stattfinden und keine Versammlungen abgehalten werden. Diese Wälder die Franzosen haben in Kenntnis gesetzt, die Bevölkerung vor unüberlegten Zusammenkünften und Kundgebungen zu warnen.

## Der Alldeutsche Verband

Tagung des Gesamtvorstandes. Am Sonntag hielt der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes seine diesjährige Tagung ab. Es waren etwa 500 Teilnehmer aus dem Deutschen Reich und aus Deutsch-Oesterreich anwesend. Die Verammlung beschloß außerdem, an den Reichspräsidenten Kaiser Wilhelm II. und an die Reichsregierung in Versailles eine Petition zu richten. Diese Petition enthält folgende Forderungen: 1. Die Alldeutschen hätten der Umformung als das politische Verhalten der Weltkriegsgeheimnisse erkannt und beurteilt. Er enthalte weder wirtschaftlicher noch politischer Notwendigkeit, sondern ist, wie immer in München, Paris, Brüssel, Genoa, nicht von den Notleidenden und Vertriebenen der Heimat, sondern von den reichhaltigsten beheimateten Arbeitergruppen im Lande mit Weintoren und Kabinenflüchten, unter Führung in- und ausländischer Juden, mit fremdem Gelde. Ein solcher Umformung kann kein Recht schaffen. Die künftige Politik jener, die sich Wismars Entlassung jeder Regierung nachzulaufen sind, und die sich jetzt hinter die Revolutionsregierung stellen, wie sie hinter den Reichspräsidenten, König Max von Baden, Graf Hertling und Reichsmann Schuler gestanden hatten, konnten die Alldeutschen nicht mitgehen. Deshalb haben wir nicht nur den sogenannten Volksbeauftragten, die sich selbst beauftragt hatten, sondern auch den sie ablösenden Reichsministern die Gefolgshaft verweigert und aufschroffen bekämpft. Diesen Kampf halten wir noch wie vor um so mehr für unsere Pflicht, als diese angeblichen Reichsbeauftragten der alten Gemalten lediglich die Erben der Unfähigkeit, Missetat und Gewandtheit der nachbismarckischen Regierungswelt sind. Gegen die heutigen Machtüber gibt es für uns nur eines: Nationale Opposition auch äußerlich! Wir haben uns auch nicht abgefunden mit der Staatsform, die der Umformung unterem Volke unter der Vorherrschaft, es endlich freizumachen, gebracht hat, sondern wir haben als erstes das Vorkommen zum Volksgedanken vor aller Vorkommen abgelehnt. Wir bringen zum Ausdruck, daß die dem Volk zu tun ist, die Welt in die Freiheit zu bringen, die die Verwertung des Königs- und Kaiserthums, die sich in der nachbismarckischen Zeit gegen unsere Widerstand ausgebildet hatte, in der Zukunft unmöglich ist, und wir erlösen keineswegs die Rückkehr dieses Zustandes. Was wir unter Monarchie verstehen, unmöglich die Grundforderung, wobei wir nachdrücklich die Ansicht verwerfen, daß der Herrscher nur Ansprüche erheben dürfe, nur Rechte habe. Aber an oberster Stelle steht, daß seinem Volke Treue zu beobachten, wie er von ihm Treue verlangt. Er ist nicht allein der Vorkommen, sondern im ausgeprochenen Maße Vorkommen, der die Entschlossenheit besitzt, die das Kaiserthum beizubehalten. Das wiederbegeleitete deutsche Monarchie nicht heute auf morgen vom wieder blau gewordenen Himmel fallen wird. Ist klar, die Monarchie muß aus der Erkenntnis, daß sie nicht werden, werden, aus seiner Schwachheit auf, sich losreißen zu werden. Das war eine der verhängnisvollsten Unmoralitäten unteres öffentlichen Lebens während des Krieges, daß das deutsche Volk durch sein Verhalten bei dessen Ausbruch seine politische Reife gänzlich erlitten habe. Das Verbrechen der politischen Reife des deutschen Volkes war nichts als ein Schwindel, um die unbeliebte Vorkommenheit zu beeinflussen, daß sie für das Vorkommen der Volkserlöser missbraucht werden konnte. Aber wir auch nicht auf der Erfolg von heute auf morgen rechnen dürfen, so setzen wir uns auf den Grund, auf einen besseren Zukunft zu legen. In großen Dingen genügt es, das Große gewollt zu haben. Der Hauptgeschäftsführer des Alldeutschen Verbandes Baron v. Bismarck-Scheel vertritt sich dann über die allgemeinen Aufgaben des Verbandes. Diese gipfeln in einer großen nächsten Aufgabe: Das deutsche Volk ist ein Schweben- und Schweben geworden, sein nächstes Ziel hat aber zu sein: Freiheit. Das zeigt uns, daß wir nicht nur allem damit zu tun haben, daß wir die Unmöglichkeit, die Souveränität wiederzugewinnen. Die Erreichung wahrer Souveränität und damit modernen und neuen Vorkommens im Rate der Völker erscheint unmöglich mit der Vorkommenheit eines neuen deutschen Kaiserthums vertrieben. Es ist dabei nachdrücklich betont, daß der All-





